



HESSISCHER LANDTAG

12. 06. 2020

Plenum

Antrag

Lisa Gnadt (SPD), Ulrike Alex (SPD), Elke Barth (SPD), Nancy Faeser (SPD), Karina Fissmann (SPD), Kerstin Geis (SPD), Nadine Gersberg (SPD), Karin Hartmann (SPD), Heike Hofmann (Weiterstadt) (SPD), Angelika Löber (SPD), Regine Müller (Schwalmstadt) (SPD), Dr. Daniela Sommer (SPD), Manuela Strube (SPD), Sabine Waschke (SPD) und Fraktion

Gleichberechtigung der Geschlechter sichern

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass Frauen durch die Auswirkungen und Maßnahmen der aktuellen Corona-Krise besonders betroffen sind.
2. Der Landtag stellt fest, dass insbesondere Frauen von Schließungen und eingeschränkten Öffnungszeiten der Krippen, Kitas, Horte, Schulen und Tagespflegeeinrichtungen für ältere Menschen betroffen sind, denn in der Regel übernehmen noch immer Frauen den größten Teil der Care-Arbeit, wie viele Studien belegen. Das führt bei vielen Frauen zu chronischem Stress, weil sie Homeoffice, Homeschooling, Kinderbetreuung und Pflege gleichzeitig zu Hause leisten müssen und obendrauf noch Jobverlust, Gehaltseinbußen und Karriereknicks hinnehmen müssen.
3. Der Landtag stellt fest, dass offensichtlich die Ziele der Gleichberechtigung in einer Krise wie der aktuellen Corona-Pandemie nicht nur in den Hintergrund geraten: Es droht ein regelrechter Roll-Back in Sachen Gleichberechtigung. Allzu leicht wird hingegenommen, dass Mütter im Notfall ihren Beruf zurückstellen oder gar kündigen, um sich um Kinder und zu pflegende Angehörige zu kümmern, wenn die Betreuung nicht mehr gewährleistet ist.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass in Hessen die Corona-Krise nicht dazu führt, dass Rückschritte auf dem hessischen Weg zur Gleichberechtigung gemacht werden. Eine effektive Gleichberechtigung muss insbesondere in der Krise weitergeführt und geschützt werden.
5. Deshalb muss die Landesregierung beachten, wie sich Maßnahmen im Zuge von Krisen (wie aktuell die Corona-Krise) konkret auf das im Grundgesetz festgelegte Ziel der Gleichberechtigung der Geschlechter auswirken. Bei den Strategien für Wege aus Krisen muss dies in allen Bereichen, einschließlich der Wirtschaftsstrategie, berücksichtigt werden.
6. Die Expertise und Erfahrung aller Geschlechter sind bei der Bewältigung von Krisen heranzuziehen. Damit die Berücksichtigung der Perspektive der Frauen in Hessen gewährleistet wird, müssen Gremien, wie etwa das Corona-Kabinetts, die sich mit Krisenbewältigung beschäftigen, paritätisch besetzt sein. Die Landesarbeitsgemeinschaft hessischer Frauen- und Gleichstellungsbüros ist ebenfalls in Diskussionen um Maßnahmen im Zuge von Krisen(-bewältigung) mit beratender Funktion einzubeziehen.
7. Familien und vor allem Frauen brauchen in der aktuellen Corona-Krise eine Perspektive, wie die Betreuung in den anstehenden Sommerferien gewährleistet wird und wann Kitas und Schulen wieder zum Regelbetrieb zurückkehren. Die Landesregierung wird aufgefordert, hierzu endlich ein Gesamtkonzept zu erstellen, das über die aktuellen, unzureichenden Regelungen hinausgeht.
8. Die Landesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen für eine verstärkte Unterstützung für Frauen, die ältere Familienmitglieder pflegen oder sich um Familienmitglieder mit Behinderungen kümmern, zu ergreifen. Insbesondere der Bereich der Tagespflege von älteren Menschen muss wieder geöffnet werden, damit pflegende Angehörige entlastet werden können.

9. Der Landtag stellt fest, dass es überdurchschnittlich viele Frauen sind, die in Berufen arbeiten, die Hessen und Deutschland in dieser Krise beistehen. Sie sind es aber auch, die in diesen sozialen Berufen zu wenig verdienen. Die Aufwertung der sozialen Berufe, in denen nach wie vor überwiegend Frauen arbeiten, muss endlich umgesetzt werden und darf nicht nur während der Corona-Krise gelten, sondern muss auch darüber hinaus Bestand haben. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Tarifabschlüsse im Pflegebereich für allgemeinverbindlich erklärt werden.
10. Das Wirtschaftsministerium wird beauftragt, ein Konzept für die explizite Unterstützung kleiner und mittelständischer frauengeführter Unternehmen und für Freiberuflerinnen und weibliche Soloselbstständige während und nach Krisen auszuarbeiten. Auch Programme zur Wiedereingliederung von Frauen in ihren Beruf nach einer krisenbedingten Auszeit (wie durch die Corona-Pandemie) müssen bereits jetzt geplant werden.
11. Die Umsetzung der Istanbul-Konvention ist auch für das Land Hessen verpflichtend. Die Landesregierung wird aufgefordert, die hierfür notwendigen finanziellen Mittel für Frauenhäuser, Frauennotrufe und Beratungsstellen zum Thema häusliche Gewalt in den Landeshaushalt einzuplanen und die Mittel zu verstetigen. Der Zugang zu den Hilfesystemen muss auch für geflüchtete und/oder obdachlose Frauen offen und zugänglich sein. Diese Personengruppen müssen in entsprechenden Einrichtungen über die Schutz- und Hilfsangebote besonders informiert werden. Dem durch die aktuelle Corona-Pandemie weiter gestiegenen Bedarf an Frauenhausplätzen und Beratungsleistungen muss durch eine Soforthilfe für zusätzliche Unterbringung und Personal Abhilfe geschaffen werden.
12. Wohnbaugesellschaften mit Landesbeteiligung sollen verpflichtet werden, ein ausreichendes Kontingent an Wohnungen für Bewohnerinnen von Frauenhäusern bereitzustellen bzw. vorzuhalten, so dass die dort schutzsuchenden Frauen in ein selbstständiges Leben zurückfinden können und gleichzeitig Plätze in den Frauenhäusern wieder zur Verfügung stehen.
13. In Krisen, wie der aktuellen Corona-Pandemie, sind gezielte Maßnahmen für Frauen mit Behinderungen und ältere Frauen sowie für Frauen mit psychischen Problemen (wie Angstzuständen, Einsamkeit und Depressionen) zu ergreifen und entsprechende Hilfsangebote bereitzustellen.
14. Auch Frauen mit Fluchthintergrund bedürfen in Krisenzeiten, wie der aktuellen, besonderer Unterstützung, etwa durch die Schaffung von Netzwerken, verstärkte Förderung niedrigschwelliger Sprach- und Integrationskurse und die Bereitstellung psychologischer Begleitung (wenn gewünscht).
15. Bei den Stellen der Schwangerenkonfliktberatung ist durch Förderprogramme sicherzustellen, dass diese über die technische Ausstattung verfügen, um die Beratungen auch online oder telefonisch durchführen zu können.
16. Bei den Stellen der Mädchenarbeit ist durch Förderprogramme sicherzustellen, dass diese über die technische Ausstattung verfügen, um die Beratungen auch online oder telefonisch durchführen zu können.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 15. Juni 2020

Die Fraktionsvorsitzende:
Nancy Faeser

**Lisa Gnadt
Ulrike Alex
Elke Barth
Karina Fissmann
Kerstin Geis
Nadine Gersberg
Karin Hartmann
Heike Hofmann
Angelika Löber
Regine Müller
Dr. Daniela Sommer
Manuela Strube
Sabine Waschke**